

SELBSTVERSTÄNDLICH ANTIFA



BROSCHÜRE
30. MAI 2026

Inhaltsverzeichnis

1. Faschismus

2. Solidarität

3. Repression

4. Krieg

5. KI

6. Selbstverständlich queerfeministisch
antifaschistisch

7. Faschismus und Militarismus

8. Parolen

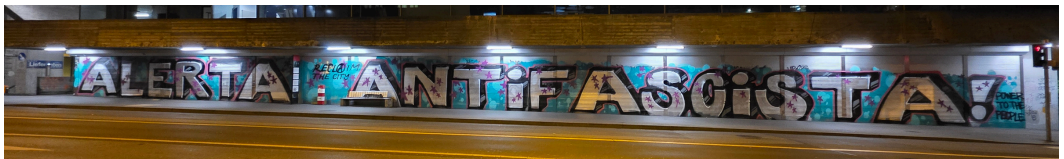
Es reicht. Und wenn wir nichts tun, wird es
bestimmt nicht besser. Deshalb:
zusammenfinden, zusammenstehen, dem lokalen
wie globalen Rechtsruck entgegenhalten:
Selbstverständlich Antifa –
vom Altersheim bis zur Kita.

Faschismus

Faschismus ist eine politische Bewegung und Herrschaftsform, die nach dem Ersten Weltkrieg in Europa entstand. Er verbindet einen extremen Nationalismus mit einem Kult um einen «unfehlbaren» Führer, mit Gewaltbereitschaft und dem Versprechen einer „Wiedergeburt“ der Nation. Faschistische Bewegungen sind antidemokratisch, antiparlamentarisch, antiliberal und sie verlangen die totale Unterordnung des Individuums unter die Nation. Wer dazugehört, wird ideologisch festgelegt, wer nicht dazugehört, wird ausgegrenzt, entrechtet, verfolgt oder vernichtet.

Das Wort „Faschismus“ leitet sich vom italienischen fascio („Bund, Bündel“) ab, das auf das lateinische fasces zurückgeht. Die fasces waren im antiken Rom ein Rutenbündel mit eingebundenem Beil, das den höchsten Beamten als Symbol staatlicher Strafgewalt vorangetragen wurde. Benito Mussolini gründete 1919 die Fasci di combattimento („Kampfbünde“) und knüpfte mit diesem Symbol bewusst an die Grösse des Römischen Reiches an: Eine einzelne Rute bricht leicht, ein Bündel kaum – Stärke durch Geschlossenheit.

Die faschistischen Regime des 20. Jahrhunderts unterschieden sich erheblich. Mussolinis Italien, Hitlers Deutschland, Francos Spanien, Salazars Portugal, die rumänische Eiserne Garde oder die kroatische Ustascha hatten zwar Familienähnlichkeiten, aber unterschiedliche Programme, Wirtschaftsmodelle und Verhältnisse zur Kirche. Gemeinsam ist allen das Ziel einer „reinen“ Gesellschaft: Politische Gegner*innen müssen ausgeschaltet werden, andere Meinungen werden nicht zugelassen. Faschismus lebt von der erzwungenen Einheit.



In der heutigen Zeit haben faschistische und postfaschistische Akteur*innen gelernt, in Demokratien zu operieren und diese für sich zu nutzen. Sie treten bürgerlich und seriös auf, verzichten zunehmend auf klassische faschistische Symbole und passen sich sprachlich an: Sie kennen das System und wissen, was sie rechtlich sagen dürfen und für was sie neue Wörter brauchen. Typische Strategien sind Camouflage (Distanzierung von offen NS-positiven Aussagen), Dog Whistles (codierte Sprache wie „Umvolkung“, „Remigration“ oder „Globalisten“), Metapolitik (Erringung kultureller Vorherrschaft statt direkter Machtergreifung) sowie eine Online-Radikalisierung, die vom Mainstream-Posting über Telegram-Kanäle bis in militante Foren reicht. Das Ergebnis ist eine schleichende Normalisierung: Was vor zehn Jahren als extrem galt, wird durch ständige Wiederholung als bloße „Meinung“ anschlussfähiger.

Dabei werden auch gesamtgesellschaftliche oder gar linke Themen besetzt. Ein rechter „Feminismus“ etwa wird primär von Cis-Frauen gelebt, die das klassische Rollenbild der männlich dominierten Szene stützen und damit zusätzliche Anschlussfähigkeit schaffen. Gleichzeitig sind die neuen Rechten auf Social Media stark präsent und sprechen Jugendliche gezielt über TikTok, Telegram und ähnliche Kanäle an.

Moderner Faschismus sieht nicht aus wie 1933 – aber genau das macht ihn so gefährlich. Statt Braunhemden und Uniformen tritt er heute im Anzug auf, kommt nicht durch Putsche, sondern durch Wahlen an die Macht und höhlt den Rechtsstaat von innen aus.



Solidarität

Solidarität in der ausserparlamentarischen Linken ist eines der wirkungsvollsten und wichtigsten Mittel, das wir haben, und gleichzeitig eines, das oft unterschätzt wird. Sie ist nicht altruistisch gemeint, nicht als Wohltätigkeit oder Mitgefühl von oben herab, sondern als Praxis der gegenseitigen Hilfe. Der alte IWW-Slogan bringt es auf den Punkt: «An injury to one is an injury to all.» Solidarität bedeutet ursprünglich genau das, füreinander einzustehen. Sie ist kein Gefühl, sondern eine soziale und politische Beziehung. Sie zeigt sich nicht darin, was wir empfinden, sondern darin, was wir füreinander tun.

Genau hier liegt der Unterschied zur Wohltätigkeit. Solidarität ist verpflichtend, gegenseitig, langfristig und strukturverändernd. Wohltätigkeit dagegen ist einseitig, freiwillig, oft beziehungslos, und sie stabilisiert die bestehende Ordnung, statt sie infrage zu stellen. Solidarität bezieht sich auf gemeinsame Interessen und auf geteilte Werte. Sie kann auch jene umfassen, die mensch nicht persönlich kennt oder mag.

Solidarität und Zusammenhalt machen uns stark und weniger angreifbar. Bei Repression ist sie entscheidend, um gemeinsam einen Weg zu finden. Keine*r ist allein, keine*r muss allein damit klarkommen. Solidarität ist nicht einfach gegeben, sondern etwas, das gelernt und geübt werden muss. Wir müssen lernen, Dinge gemeinsam zu tun, einen gemeinsamen Umgang zu finden und Probleme im Kollektiv anzusprechen, um daraus gemeinsame Lösungen zu entwickeln. Alle tragen ihren Teil dazu bei, dass eine Gesellschaft solidarisch funktioniert und wir brauchen Strukturen, um das auch wirklich zu leben.

Solidarität ist einer der Grundpfeiler unseres Aktivismus. Ohne sie sind wir angreifbar, einzelne Betroffene brennen aus oder sind starker Repression ungeschützt ausgesetzt. Funktionieren dagegen die Soli-Strukturen, wird das gemeinsam getragen und die Auswirkungen für die einzelne Person werden kleiner und «einfacher» zu schultern. Medien und Repressionsapparate sind genau darauf ausgelegt, einzelne Personen an den Pranger zu stellen, Einzelheiten aus dem Privatleben zu veröffentlichen, mit Konsequenzen fürs Arbeits- und Sozialleben zu drohen, zu isolieren. Wer isoliert ist, ist leichter einzuschüchtern, leichter zu kriminalisieren, leichter zum Schweigen zu bringen. Mit funktionierenden Solidaritätsstrukturen schaffen wir eine Anonymität und ein Vertrauen untereinander, das diese Vorgehensweisen von Staat und Staatsinstitutionen ins Leere laufen lässt, schlicht weil sie weniger Anhaltspunkte finden, an denen sie ansetzen können.

Aber Solidarität ist nicht selbsttragend. Sie braucht Strukturen und Organisation. Sie braucht verlässliche Treffen, klare Zuständigkeiten, geteiltes Wissen und die Bereitschaft, auch unspektakuläre Arbeit zu übernehmen, Anwält*innen-Listen pflegen, Geld sammeln, Briefe schreiben, Kinder hüten, Essen kochen, zuhören. Sie ist wie ein Feuer. Es kann hell auflodern, nach einer Katastrophe, an einer Demonstration, in einer Krise. Aber ein Feuer ohne Brennholz erlischt. Wenn wir wollen, dass die Glut über Monate und Jahre trägt, müssen wir sie pflegen, nachlegen, Verantwortung füreinander übernehmen, auch dann, wenn gerade kein Spektakel sie befeuert. Gerade in den ruhigen Zeiten entscheidet sich, ob wir im Ernstfall füreinander da sind.

Solidarität ist unsere stärkste Waffe. Nutzen wir sie.



Zunehmende staatliche Repression am Beispiel des Antifahrverbotes

Der Berner Regierungsrat (die Kantonsregierung) unterstützt einen Vorstoss von Rechtsausserpolitiker Thomas Fuchs (SVP) und will darauf hinwirken, dass der Bund die rechtlichen Grundlagen für ein Verbot der Antifa prüft. Jetzt ist es eigentlich trivial, dass faschistische und rechtsextreme Politiker*innen ihre politischen Gegner*innen verbieten wollen. Der Vorgang zeigt allerdings deutlich auf, wie weit sich der gesellschaftliche Diskurs in den letzten Jahren nach rechts verschoben hat. Wenn jetzt die Rechten zusammen mit Vertreter*innen der FDP (die Liberalen) und der Mitte (Freiheit. Solidarität. Verantwortung.) eine Mehrheit in einer Kantonsregierung finden, um ein Verbot der antifaschistischen Bewegung zu erwirken!

Es ist doch verrückt: Jahrzehntlang war es im bürgerlichen Staat Schweiz Konsens, Straftaten zu verfolgen und nicht Gesinnungen. Es ist ein urbürgerliches Vorgehen nicht die politische Einstellung zu strafen, sondern die Übertretung von Gesetzen. Diese Gesetze sind natürlich auch so ausgelegt, dass der bürgerliche kapitalistische Staat und seine Eigentumsordnung dabei geschützt werden.

Es geht also nicht um ein Gewaltverbot - das gibt es längst - zumindest, wenn Gewalt nicht auf staatlichen Befehl oder aus staatlichen Interessen begangenen wird. Denn wenn wir den Begriff der Gewalt faktisch und nicht politisch deuten, wird klar, dass Gewalt im bürgerlichen Staat absolut erlaubt, ja sogar nötig ist.



Auch dieser Staat hat eine Regierung, die anderen ihren Willen aufzwingt, eine Justiz die Menschen einsperren lässt, auch die Schweiz unterhält Gefängnisse und eine Polizei, die ein Gewaltmonopol ausübt. Auch unser Land teilt Menschen durch Pässe in "Inländer*innen" und "Ausländer*innen" und schafft Menschen aus, die aus seiner Sicht nicht hier leben dürfen. Auch dieser Staat hat ein Militär, welches er ausbildet und bewaffnet, und das wenn es nötig ist zu Gewalt greifen wird. Auch dieser Staat unterhält Beziehungen und liefert Waffen an imperialistische Blöcke und Nationen. Aber das alles wird nicht als Gewalt gesehen.

Wenn Scheiben klirren, schreit ihr - wenn Menschen sterben, schweigt ihr

Gewalt ist in der bürgerlichen Lesart nur das, was Bürger*innen gegen das Gesetz tun. Und das gilt es mit aller Gewalt zu bekämpfen. Wenn es zum Beispiel an Demos eskaliert, dann hat der bürgerliche Staat einen ganzen Strauss an Möglichkeiten um die Täter*innen zu identifizieren und zu bestrafen. Überwachungswagen und Polizist*innen die Foto- und Videomaterial aufnehmen und auswerten, Öffentlichkeitsfahndung, Gesichtsbildabgleich von polizeilichen Super-Recognizer*innen, Spurenauswertung, biometrische Hilfsmittel, Zeug*innen, Einsatz von KI-gestützter Auswertung etc.

Und obwohl die Polizei immer mehr Mittel zur Verfügung stehen - und im Vergleich zu früher immer weniger passiert - sollen Demonstrationsveranstalter*innen neu Sicherheits- und Interventionskosten ganz oder teilweise tragen, vorläufig Festgenommene sollen doppelt so lange festgehalten werden dürfen (48 Stunden). Die gezielte verdeckte Informationsbeschaffung durch den Nachrichtendienst soll jetzt bereits bei drohendem gewalttätigem Extremismus eingesetzt werden.

Und nun soll auch noch die Antifa verboten werden!

Woher kommt die massive Verschärfung der Repression? Einerseits ist es im Zusammenhang zu sehen mit einem weltweiten Rechtsrutsch. Überall auf der Welt sind Rechte bis Rechtsextreme auf dem Vormarsch, auf dem Weg an die Macht, oder sie sind dort bereits angekommen. Dies geschieht nicht im luftleeren Raum; Die weltweiten Krisen führen zu diesem Rechtsrutsch. Die Resultate der kapitalistischen Konkurrenz produzieren Abstiegsangst, Armut und politische Verunsicherung. Den Rechten gelingt es viele ökonomischen Verlierer*innen dieser Krisen, die Abgehängten die Armen und die Arbeiter*innen mit nationalistischen Argumenten zu blenden und gegeneinander auszuspielen. Rechte Kräfte lenken die Wut auf Sündenböcke, versprechen Ruhe und Ordnung zu schaffen und hinten durch Stützen sie genau die Wirtschafts-, Eigentums- und Machtverhältnisse die zu dieser Krise führen!

Hierbei sind ihnen natürlich die Leute ein Dorn im Auge, die den Finger auf den wunden Punkt legen, die die Ausbeutungs- und Machtverhältnisse klar benennen und nicht müde werden aufzuzeigen, welche Folgen die rechte Politik hat. Menschen die sich über die Landesgrenzen solidarisieren und für eine andere Welt kämpfen, sind die grösste Bedrohung für die Macht der Politiker und den Reichtum der Kapitalist*innen. Und diese Leute sind nicht selten bei "der Antifa" zu verorten. Kein Wunder also, dass sich die Rechten bedroht fühlen und dafür sorgen wollen, diese Bewegungen zu verbieten.

Und eben nicht nur Straftaten die allenfalls aus dieser Bewegung begangen würden, sondern die Bewegung selbst. Es geht um ein Gesinnungsverbot. Und darum die Menschen grundsätzlich auszuschalten, die sich gerade machen, gegen Krieg und Krise! Aber den Gefallen werden wir ihnen nicht tun, oder?! Alerta Antifaschista!

Kapitalismus, Imperialismus, Krieg..

Krieg ist schrecklich und sinnlos – wen man auch fragt, da sind sich eigentlich alle einig. Trotzdem ist Krieg allgegenwärtig.

Das „Stockholmer Institut für Internationale Friedensforschung« zählt 2024 rund 50 aktive Konflikte mit staatlicher Beteiligung.

Davon 11 Kriege mit über 1 000 Toten pro Jahr.

Im Jahr 2025 forderten bewaffnete Konflikte weltweit schätzungsweise 240 000 Menschenleben. Die «Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung» an der Universität Hamburg erfasst in ihrer Datenbank 27 Kriege und 49 begrenzte Kriege bzw. bewaffnete Konflikte. Ungeachtet der unterschiedlichen Begriffsdefinitionen - ob wir nun von Bewaffnetem Konflikt, Krieg oder von Genozid sprechen - bleibt die Frage: Warum gibt es so viel staatlich organisierte mörderische Gewalt, wenn sie angeblich niemand will? Natürlich kennen wir alle «Kriegsgewinnler*innen» wie Rüstungskonzerne, Rohstoffhändler*innen und Finanzmarktanleger*innen usw. Dennoch wäre es eine Verschwörungsideologie zu glauben, dass die Kriegsprofiteur*innen insgeheim die Fäden ziehen und die Regierungen steuern, um sich persönlich zu bereichern.

Denn einzelne Kapitalfraktionen profitieren zwar gewiss vom Krieg. Insgesamt ist Krieg aber ein Verlustgeschäft. Krieg ist schlecht für die Wirtschaft und den Staatshaushalt, er verschleudert unendliche viele Ressourcen – auch menschliche – und richtet kaum bezifferbaren Schaden an.

Als Beispiel: Ein einziger Schuss mit einer Patriot-Abwehrrakete kostet etwa gleich viel, wie ein*e durchschnittliche*r Schweizer Arbeiter*innen im ganzen Arbeitsleben verdient (45 Jahre à 80 000 CHF pro Jahr). Der andauernde Irankrieg kostete die USA in seiner „heissen Phase“ ungefähr 900 Millionen Dollar pro Tag. Allein der Tourismusbranche im Nahen Osten entgingen laut dem Welttourismusverband Einnahmen von rund 600 Millionen Dollar täglich.

In Kriegsgebieten sinkt das reale BIP laut den Autoren der Publikation „Die Kosten des Krieges« vom «Kiel Institut» fünf Jahre nach Kriegsbeginn durchschnittlich um 30 Prozent, während die Inflation um etwa 15 Prozentpunkte steigt.

Warum also führen Staaten Krieg?

«Krieg ist eine blosser Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln,“ weiss man seit Clausewitz und dass man den Krieg stets vorbereiten muss, wenn man Frieden will, sogar seit den alten Lateiner*innen ("Si vis pacem para bellum“)

Gehen wir der Frage nach, welche Politik hier fortgesetzt wird und welcher Friede gesichert werden soll: Schon in den sogenannten Friedenszeiten ist zu beobachten, dass es zwischen den Staaten meist nicht so harmonisch zugeht. Davon zeugen „Handelskonflikte“, „Währungspolitik“, „Exportüberschüsse“, „Industriepolitik“, „Subventionen“ und „Zollstreitigkeiten“.

Staaten stehen offensichtlich in Konkurrenz zueinander – um Ressourcen, Kapital, Arbeitskraft, Märkte und politischen Einfluss.

Imperialismus: Der Staat wendet sich nach aussen

Staaten sind laut dem alten Marx «ideelle Gesamtkapitalisten», also Gewaltmonopole, welche die kapitalistische Privatwirtschaft als ihre erfolgreichste Finanzierungsquelle etabliert haben. Der bürgerliche Staat organisiert seine Gesellschaft so, dass sie dem Wachstum des Kapitals in privaten Händen dient. Dieses Wachstum ist die ökonomische Quelle seiner eigenen Macht (Steuern, Staatskredite). Neben einigen Unschönheiten im Inneren (Klassengesellschaft, Armut und Reichtum, Ausbeutung etc.) führt das auch gegenüber anderen Staaten zu Spannungen. Denn die Staaten erkennen in ihresgleichen die Grenze ihrer Macht. Ein Staat kann seine Wirtschaft nur so weit unterstützen, wie seine Macht reicht. Wirtschaftswachstum kann es aber nie genug geben. Die Akkumulation von Kapital soll nicht auf die Landesgrenzen beschränkt bleiben.

Staaten werden deshalb ausserhalb des Territoriums ihrer Herrschaft tätig, um dem eigenen Kapital Zugang zu neuen Ressourcen und Märkten für den nationalen Reichtum zu verschaffen. Andere Länder werden dabei als Quellen des eigenen Wohlstands betrachtet. Das geschieht zunächst nicht durch Krieg, sondern durch Handel und politische Beziehungen. Staaten erkennen sich gegenseitig an und gehen rechtliche Beziehungen ein, um den Austausch von Waren zu ermöglichen. Auf diese Weise konkurrieren sie über ihre Grenzen hinaus um den Reichtum der Welt. Imperialismus bedeutet in Friedenszeiten entsprechend, der eigenen Nation die Produktion des Reichtums anderer Nationen nützlich zu machen. Jeder Handelsüberschuss hat notwendigerweise die Schädigung der Interessen anderer Staaten zur Folge.

Souveränität über alles!

Natürlich geht es hier um ökonomische Interessensgegensätze. Die Staaten haben aber deutlich grundlegendere Macht- und Gewaltansprüche. Sie sind nun mal Gewaltmonopole, wollen nicht nur auf ihrem Gebiet bestimmen und ihre Interessen durchsetzen – sondern auch gegenüber anderen Staaten souverän (unabhängig und bestimmend) sein. Was Diplomatie und politischer Druck nicht erreichen können, führt in manchen Fällen eben zur «Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln».

In der – durch vorangegangene (Wirtschafts-)Kriege – geltenden Weltordnung ist natürlich nicht jeder Staat in der Lage, die Beschränkungen seines Erfolgs und seiner Macht mit einer Kriegserklärung zu beantworten. Das ist vor allem den Welt- und Regionalmächten vorbehalten.

Dennoch nehmen Staaten in unterschiedlicher Stellung immer wieder bewusst Kriege in Kauf um die eigenen Machtverhältnisse langfristig zu sichern, wenn sie ihr Existenzrecht, ihre Einflussosphäre oder ihre staatlichen Erfolgsinteressen „verteidigen“ „müssen“.

Was bedeutet Krieg für die normalen Staatsbürger*innen?

Krieg beginnt, für normale Menschen meist dann, wenn er ihnen von ihrem Staat befohlen wird. Natürlich rechtfertigen Staaten das immer damit, dass sich jetzt Land und Leute gegen ihren Feind (der angefangen hat) verteidigen müssen.

Und dieses „Argument“ leuchtet nationalistisch gesinnten Bürger*innen in den meisten Fällen so gut ein, dass sie bereit sind, ihr eigenes Leben dafür zu geben, damit ihr Staat überlebt. Das Herrschaftspersonal stellt dabei den Machtausbau oder den Erhalt des Staates – selbstverständlich persönlich weit weg von den Schützengräben – über das Leben ihrer untergebenen Volksangehörigen.

Im Krieg wird immer die staatliche Herrschaft verteidigt und nicht „das Volk“ bzw. die normalen Bürger*innen. Diese stellen das „Menschenmaterial“, freiwillig oder zwangsrekrutiert. Die normalen Staatsangehörigen haben in den seltensten Fällen persönliche Motive und in der Regel auch keinen Gewinn davon, in den Krieg zu ziehen.

Sie kämpfen, töten und sterben für einen Zweck, der nicht der ihre ist, sie identifizieren sich mit den Interessen ihrer Nation. Sie lenken Schüsse, Drohnen, Bomben auf Menschen, die ihnen vor dem Krieg nichts getan haben, Menschen, die sie nicht einmal kennen. Im Krieg werden aus Menschen Soldat*innen, aus Vernunft wird Gehorsam, aus dem Erlebten entsteht der Wunsch nach Rache. Die schlimmsten Verbrechen und Grausamkeiten werden zu Alltagshandlungen.

Nationalismus: Ein falsches Bewusstsein zur (De-)Legitimation der herrschenden Verhältnisse

Was sie mobilisiert, ist die Ideologie des Nationalismus. Ihr eigenes Volk halten Nationalist*innen für eine vorstaatliche Menschengemeinschaft, eine Schicksalsgemeinschaft, welche sich einen politischen Staat schafft, da sie Schutz gegen andere Völker und deren Interessen braucht. Aus nationalistischer Sicht steht das politische Herrschaftsverhältnis von Staat und Volk auf dem Kopf:

Der Staat gilt nicht als die politische Gewalt, welche Volk und Herrschaftsgebiet erschafft, indem sie die Menschen über die Jahrhunderte mittels Gewalt und Krieg unter ihre Herrschaft bringt und durch diese Herrschaft erst die Gemeinsamkeit stiftet, die ein modernes Volk auszeichnet. Die Verhältnisse werden als natürlich angesehen. Die Liebe zur eigenen Nation, die Liebe zum eigenen Volk und Staatswesen ist dabei beliebig begründbar oder braucht gar keinen Grund.

Man ist Staatsbürger*in weil man angeblich Pass, Kultur, Religion, Ethnie, Sprache, Geschichte etc teilt. Nationalismus ist das grundsätzliche Dafürsein, für ein nicht ausgesuchtes Zwangsverhältnis, das einen ökonomisch ausnützt und politisch beherrscht! Das wird dann gerne mit Heimat verwechselt, aber «Heimat will nicht herrschen». Wo man vertraut ist mit Menschen, nicht ausgenutzt wird und Alltagshandlungen, Bräuche, vielleicht sogar die Landschaft mag, das ist keine ganze Nation und das endet nicht an Staatsgrenzen.

„Fragt nicht, was euer Land für euch tun kann, fragt was ihr für euer Land tun könnt.“ - Im Krieg wird noch klarer, was auch schon im normalen kapitalistischen Alltag passiert: Schon im Frieden stehen die guten Lebensbedingungen für die Menschen im Widerspruch zum Erfolg des Staates auf dem Weltmarkt. Deshalb sorgen Staat und Kapital dafür, dass Arbeiter*innen und Angestellte ihre eigenen Interessen zurückstellen – zum Beispiel, indem sie niedrigere Löhne akzeptieren, damit Arbeitsplätze nicht ins Ausland gehen «müssen».

Im Krieg werden dann nicht nur die Lebensbedingungen, sondern sogar die Leben selbst hinter die Interessen des staatlichen Gemeinwohls gestellt. Dabei sind die Früchte dieses Allgemeinwohls genauso gerecht verteilt, wie die Mühe und die Zumutungen, die es braucht, um den Reichtum zu erarbeiten.

Denn das Volk ist keine gleichberechtigte Schicksalsgemeinschaft, das Volk ist eine staatlich hergestellte Zwangsgemeinschaft, geteilt in Klassen, in Arbeiter*innen und Kapitalist*innen, in Vermieter*innen und Miethaie, in Profiteur*innen und Verlierer*innen.

Wer gegen Krieg ist, dem empfehlen wir nicht, Partei für eine Kriegspartei zu ergreifen, sondern gegen die Verhältnisse, die immer wieder zu Krieg führen und auch in Friedenszeiten eine ganz schöne Zumutung für die Lebensbedingungen der Proletarier*innen sind: Gegen Kapitalismus, Staat und Nation!

Die Aufteilung der Welt in 200 bewaffnete und konkurrierende Nationalstaaten scheint uns nicht unbedingt die sinnvollste Art, die Welt einzurichten. Hier hätten anarchistische und marxistische Theorien viel mehr zu bieten!

Eine andere Welt ist möglich – für Kommunen und Föderationen – für den Kommunismus, für die Anarchie!



Künstliche Intelligenz wird gern als Fortschritt verkauft, als neutrale Technik, die allen dient. Doch Technik fällt nicht vom Himmel. Sie wird gebaut, finanziert und kontrolliert - und zwar von erstaunlich wenigen.

Die gesamte Infrastruktur, auf der KI läuft, liegt in der Hand einer Handvoll Konzerne. Drei US-Firmen – Amazon, Microsoft und Google – kontrollieren rund zwei Drittel des weltweiten Cloud-Marktes. Der Chiphersteller Nvidia beherrscht den Markt für KI-Chips zu über achtzig Prozent. Und die Unternehmen, die überhaupt das Kapital haben, die grossen KI-Modelle zu trainieren, lassen sich an zwei Händen abzählen: OpenAI mit Microsoft, Google, Meta, Amazon, Elon Musks xAI. Allein 2025 haben die fünf grössten Techkonzerne über vierhundert Milliarden Dollar in KI-Infrastruktur gesteckt. Das ist eine Machtkonzentration, wie es sie in der Geschichte des Kapitalismus selten gab.

Als Donald Trump im Januar 2025 vereidigt wurde, sassen Elon Musk, Mark Zuckerberg, Jeff Bezos und die Chefs von Google und Apple in der ersten Reihe näher am Präsidenten als das halbe Kabinett. Wenige Tage später kündigte Trump gemeinsam mit Tech-CEOs ein Rechenzentrumsprogramm über bis zu fünfhundert Milliarden Dollar an und kassierte per Federstrich sämtliche Sicherheits- und Transparenzregeln für KI. Konzerne wie Meta strichen ihre Faktenchecks und lockerten den Schutz vor Hassrede. Die Reichsten der Welt und der mächtigste Staat der Welt verschmelzen vor unseren Augen. Dieselben Konzerne liefern die Werkzeuge, mit denen Staaten Menschen überwachen, sortieren und ausschalten. Die Firma Palantir baut für die US-Migrationsbehörde ICE ein System, das Steuer-, Sozial- und Kennzeichendaten zusammenführt, um Migrant*innen in Echtzeit für Abschiebungen aufzuspüren. Dieselbe Software ist längst auch in Europa im Einsatz. Und in der chinesischen Region Xinjiang analysieren Kameras des Konzerns Hikvision – betrieben mit Nvidia-Chips – die Daten von Millionen Uigur*innen, die zu Hunderttausenden interniert werden.

In Gaza markierte das KI-System «Lavender» Zehntausende Menschen als Ziele; geprüft wurde ein Treffer oft nur Sekunden lang. Die Cloud dafür liefern Google und Amazon. Und an den Ausengrenzen Europas entscheiden Algorithmen, Drohnen und biometrische Datenbanken darüber, wer als Mensch zählt und wer abgewehrt wird.

Wo früher ein Staat Hunderte Beamt*innen gebraucht hätte, um eine Demonstration auszuwerten oder eine Bewegung zu durchleuchten, genügt heute ein Mausklick. KI macht Repression billig, schnell und skalierbar – genau das, was ein Staat braucht, der mehr Überwachung, längere Haft und Gesinnungsverbote durchsetzen will. Faschistische Herrschaft hat immer davon geträumt, die «reine» von der «unreinen» Gesellschaft zu trennen. Früher brauchte es dafür Karteikarten, Denunziation und einen riesigen Apparat. Heute genügen Kameras, Datenbanken und ein Algorithmus.

Auch in der Schweiz wird diese Maschinerie hochgefahren. Mehrere Kantonspolizeien tauchten auf der Liste der Gesichtserkennungsfirma Clearview AI auf; sechs Kantone setzen eine Software zur Risikoprognose ein, die laut einer SRF-Recherche zwei von drei Personen fälschlicherweise als gefährlich einstuft. Im November 2025 erklärte das Bundesverwaltungsgericht die anlasslose Kabel-aufklärung des Nachrichtendienstes für grundrechtswidrig – doch statt sie zu stoppen, will der Bundesrat dem Geheimdienst noch mehr Befugnisse geben: Telefone abhören, Räume verwanzeln, in Computer eindringen, neu auch bei «gewalttätigem Extremismus». Was darunter fällt, entscheidet der Nachrichtendienst weitgehend selbst. Während die Repression aufgerüstet wird, baut Google in Zürich an seinem grössten Entwicklungsstandort ausserhalb der USA, Palantir steuert von Zürich aus sein Europageschäft, und neue Rechenzentren sollen bis 2030 einen wachsenden Teil des Schweizer Stroms verschlingen.

Es ist Zeit den Konzernen den Stecker zu ziehen.

Selbstverständlich queerfeministisch antifaschistisch

In den letzten Jahren erstarben imperialistische Regimes, ultrarechte Regierungen und faschistische Gruppen auf der Strasse. Sie setzen Gewalt ein gegen Lesben, Schwule, Trans - und andere queere Menschen. Sie hetzen gegen die "Woken" und den "Genderwahn". Sie verachten non-binäre Menschen, Feminist*innen und queere Familien.

Mehrdeutig gegen die Eindeutigkeit ausschwärmen

Im Faschismus gibt es klare Rollen: Männer produzieren und kämpfen, Frauen reproduzieren und pflegen. Faschismus ist binär, hierarchisch und lässt keine Uneindeutigkeit zu. Deshalb steigen Hass und Gewalt gegen Schwule und Lesben, gegen trans und non-binäre Menschen, aber auch gegen Menschen mit Behinderungen, gegen Frauen und Schwarze Menschen. Faschismus richtet sich immer gegen die Vielfalt an Körpern und Mehrbeziehungsweisen, gegen Zwei-, Drei- und Vieldeutigkeiten .

Grenzenlos schwärmen

Faschismus basiert auf Menschenverachtung. Er will die Kontrolle über Körper gegen innen und Abschottung gegen aussen. Faschistische und rechte Hetze gegen migrantisierte und geflüchtete Menschen sind Programm. Die Menschen ertrinken durch die staatlichen Todespolitiken im Mittelmeer oder sie werden an den europäischen Zäunen durch Frontex zurückgeprügelt. Flucht- und Migrationsrouten werden immer gefährlicher: Auch queeren Menschen drohen dabei rassistische und sexualisierte Gewalt.

Pink blockieren: kein Zentimeter dem Rassismus

Antimuslimische, rassistische Feindbilder richten sich gegen Migranten, die angeblich "die eigenen Frauen" bedrohen. Frauen werden als Eigentum betrachtet und das Patriarchat als Ursache geschlechtsspezifischer Gewalt wird verschleiert: Anstatt Gewaltschutz auszubauen, werden migrantisierte Personen entrechtet und abgeschoben.

Ultrarechte Parteien propagieren ihren Einsatz für jüdisches Leben: Parteien wie die AfD, Rassemblement National oder die FPÖ geben den Anderen - den Muslim*innen - die Schuld am Antisemitismus.

Die eigene Nähe zur Neonazi-Szene und einem zutiefst antisemitischen Gedankengut bleibt dabei unthematisiert. So auch bei der Jungen Tat oder der SVP. Faschismus ist eine Gefahr für jüdisches Leben.

Wenn Menschengruppen dämonisiert, ihnen Grundrechte vorenthalten oder entzogen werden, ihnen in Medien und Politik nicht das gleiche Lebensrecht zugesprochen wird, wie reichen, weissen, heterosexuellen, christlichen Menschen, werden wir als queere Menschen uns verbünden und uns dagegen wehren.

Abrüsten jetzt! Es gibt keine queer-feministische Aufrüstung
Begründet mit den vermeintlich alternativlosen Regeln des Krieges und der Sorge um die Nation wird aufgerüstet. Das Geld für Waffen wird im Care-Sektor gespart, Klima und Lebensraum durch die imperialen Kriege zerstört. Aufrüstung bedeutet die Stärkung von toxischen Männlichkeitsbildern und Männerbünden, die gegen innen zu noch repressiveren Polizeiapparaten, Racial Profiling und tötenden Corps wie ICE beitragen. Aufrüstung ist nie ein Schutz für queeres feministisches Leben.

Was tun?

Für all das werden wir uns nicht einspannen lassen. Faschismus kommt auch aus der Mitte der Gesellschaft. Aber wir, wir lieben und leben an den Rändern. Und dort: Lasst uns radikal zärtlich schwärmen. Lasst uns verschieden respektvoll lieben. Lasst uns feministisch, queer und mehrdeutig Beziehungen leben und in Pink gegen den Faschismus ausschwärmen. Lasst uns Banden bilden, um Schutzwälle und emanzipatorische Räume zu bauen. Lasst uns Grenzen abschaffen und glitzrig-blockierender Sand sein im globalen Getriebe des Faschismus. Lasst uns über nationale Grenzen hinweg gegen die rechten Netzwerke kämpfen und widerständig sein.

Faschismus und Militarismus gehen Hand in Hand

Unsere Antwort WIDERSTAND!

Wir erleben eine Zeit, in welcher die Militarisierung und Faschisierung der Gesellschaft voranschreitet. Die Militarisierung ist jedoch selten ein Selbstzweck: Oft wird sie von autokratischen Regierungen bewusst vorangetrieben, um deren Macht zu erhalten. So sieht mensch beispielsweise wie Trump mit dem Krieg in Iran, dem brutalen Handelsembargo in Kuba, der Intervention in Venezuela und seinem unentschlossenen Handeln im Krieg in der Ukraine von seinen eigenen (innenpolitischen) Problemen (wie z.B. dem Epstein-Skandal, der Kritik an seinem Vorgehen mit ICE etc.) ablenkt. Das vorantreiben der Militarisierung ist ein Spiel mit der Angst der Menschen. Es werden Feindbilder geschaffen, um die eigene Aufrüstung zu legitimieren. Bedrohungsszenarien werden heraufbeschwört, die den Menschen das Gefühl vermitteln sollen, dass das einzige, was in dieser Situation mehr Sicherheit bringen kann, die weitere Aufrüstung ist. Doch an wessen Sicherheit sind diese Regierungen überhaupt interessiert? Es ist offensichtlich, dass den Machthabenden, die die Rechte von marginalisierten Personen und der Arbeiter:innenklasse als solche immer weiter beschneiden, die Sicherheit dieser Gesellschaftsgruppen völlig egal ist. Das einzige, das sie sichern wollen, ist ihre eigene Macht und die gesellschaftlichen Verhältnisse, die ihre Macht stärken.

In seiner Rede zum Atomaren Schutzschirm von Frankreich (2. März 2026) erklärte Macron man "müsse gefürchtet sein, um frei zu sein und stark um gefürchtet zu sein". In diesem Satz treffen zentrale Narrative des Militarisierungsdiskurses aufeinander: Die Idee, dass der Besitz von Waffen rein durch seine abschreckende Wirkung für mehr Sicherheit sorgt, die Gleichsetzung von (atomarer) Bewaffnung und "Stärke" sowie die kuriose Vorstellung, dass wir eine freiere Gesellschaft sind, wenn uns andere als Gefahr wahrnehmen.

Auch hier stellt sich wieder die Frage, wessen Freiheit Macron meint. Es scheint naheliegend, dass es sich auch bei diesem Auftritt mehr um einen verzweifelten Versuch gehandelt hat, die eigene (bröckelnde) Macht wiederherzustellen in dem die Stärke der französischen Nation heraufzubeschwört wird, als um einen ernsthaften Versuch, die (demokratischen) Freiheiten zu stärken.

Aufrüstung gibt es nie umsonst, die Kosten der Militarisierung sind enorm. Wenn in die "Kriegstüchtigkeit" investiert wird, wird anderswo gespart. Gespart wird in den meisten Fällen dort, wo eh schon die Mittel fehlen: in der sozialen Infrastruktur, der Bildung, dem Kampf gegen die Klimakatastrophe, dem Gesundheitssystem usw. So schlagen die recht(sextremen) Politiker:innen zwei Fliegen auf einen Schlag: Sie erhalten das gewünschte Geld für ihre Rüstungsfantasien und bringen gleichzeitig prekarierte Menschen, wie z.B. geflüchtete Personen in eine immer untragbarere Situation. Auch hier zeigt sich: faschistoides Gedankengut und Militarisierung spielen sich gegenseitig in die Hände.

Angetrieben durch Grossmachtfantasien, faschistoides Gedankengut und mit dem Erschaffen von Feindbildern vernetzen sich lang bestehende Neonazinetzwerke wie Blood & Honour mit neuen rechtsextremen Gruppierungen wie der Jungen Tat. Durch gezielte Propaganda werden viele Menschen vom Feindbild und einer Bedrohung überzeugt und enorme Rüstungsbudgets, in Europa zuletzt während des kalten Kriegs, freigegeben. Durch steigende Überwachung sowie Repression wird versucht, Widerstand im Keim zu ersticken, um die Militarisierung und Faschisierung weiter voranzutreiben.

In der aktuellen Zeit versuchen autokratische und faschistische Regierungen Grenzen auszuloten - wie viel vermag es zu erleiden, ohne dass sie für ihre menschenverachtende Politik zur Rechenschaft gezogen werden?

Wir können uns auf UN Gelaber von Völkerrecht oder einen Staat wie die „pseudo“ neutrale Schweiz im Kampf gegen den Rechtsruck und die Militarisierung nicht verlassen und müssen selbst handeln!

Aus linksradikaler Sicht bleibt uns nur der Angriff - der Angriff hier im Herzen der Bestie. Lasst uns die verantwortlichen Akteure benennen, ihr System sabotieren und nicht der Logik „für Frieden braucht es Krieg“ folgen.

Aus dem Aufruf

Es kackt an findest du nicht auch?!

Rechtsextreme Influencer:innen die zu Märtyrern der freien Meinungsäußerung gemacht werden. Der bedrohliche Rechtsruck in vielen Regionen der Welt. Faschismus der wieder salonfähig wird und Regierungen (oder die Rechten), welche versuchen Antifaschismus zu kriminalisieren, wie aktuell in den U.S.A., den Niederlanden, Ungarn und vielen anderen Orten. Patriarchale Strukturen, die weiter auf dem Vormarsch sind und zu einem Höchststand an Femiziden in der Schweiz führen. Toxische Männlichkeit, die weiter im Aufwind ist und viele bedroht.

Lebenskosten die ständig steigen, seien es Lebensmittel, Mieten, Krankenkassen. Die oberen Schichten, welche sich dabei schamlos ihre Taschen füllen, ohne Rücksicht auf Menschen, Tiere, Natur und Klima. Das Klima das Menschengemacht verrückt spielt und wenige scheinen es so wirklich zu kümmern. Die Hauptsache der Herrschenden ist, dass die Wirtschaft wächst. Die Klimakrise wird ignoriert mit fatalen Folgen fürs Jetzt und die Zukunft.

Emanzipatorische Bewegungen sei es in Rojava oder dem Iran, welche unterdrückt und angegriffen werden. Krieg, welcher wieder zur falschen Problemlösung Nummer eins avanciert.

Ein SP-Bundesrat, welcher sich als Ausschaffungsmeister feiert, Geflüchtete kriminalisiert und die Grenzen abschottet. Eine Frontex in Europa und I.C.E. In den U.S.A. die weiter massiv aufgerüstet werden, um weitere Menschenrechtsverletzungen oder sogar Morde zu begehen. Rassistische Strukturen in den Polizeikörpern, welche immer wieder zu Toten führen.

Es reicht. Und wenn wir nichts tun, wird es bestimmt nicht besser.

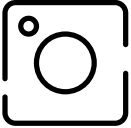
Deshalb: zusammenfinden, zusammenstehen, dem lokalen wie globalen Rechtsruck entgegenhalten: Selbstverständlich Antifa – vom Altersheim bis zur Kita.

Parolenliste

- Ob Ost, ob West – nieder mit der Nazipest!
- Für die Freiheit, für das Leben – Nazis von der Strasse fegen!
- Nazis morden, der Staat schiebt ab – das ist das gleiche Rassistenpack!
- Aufruhr, Widerstand – es gibt kein ruhiges Hinterland.
- Hinter dem Faschismus steht das Kapital, bekämpfen wir es hier und überall.
- Nationalismus raus aus den Köpfen.
- Nazis gibts in jeder Stadt – bildet Banden macht sie platt.
- Europe, Frontex and Police – stop killing refugees
- Um Europa keine Mauer – Bleiberecht für alle und auf Dauer!
- No border, no nation – stop deportation!
- Say it loud, say it clear – refugees are welcome here.
- Solidarität muss praktisch werden – Feuer und Flamme den Abschiebebehörden!
- Ohlala, Ohlélé, solidarité avec toutes les sans-papiers!
- brick by brick, wall by wall, make the fortress Europe fall!
- Kein Gott, kein Staat, kein Patriachat!
- Gegen Macker und Sexisten- Fight the Power, Fight the System!
- Freiheit entsteht durch kämpfende Bewegung: Für mehr Staatszerlegung!
- A-Anti-Anticapitalista – Overthrow the System, revolution anarchista!
- Hoch die antinationale/internationale Solidarität.
- à ceux qui veulent domine le monde - le monde répond: résistance.



bgrb.noblogs.org



[@buendnis.gegen.rechts.bern](https://www.instagram.com/buendnis.gegen.rechts.bern)



**BÜNDNIS GEGEN
RECHTS BERN**